Potsdams]andere[Seiten

Die Linke ◄ Monatszeitung für die Landeshauptstadt

September 2012 Nr. 09 · 8. Jahrgang

Links informiert
3 *Tolle Stimmung beim Sommerfest/Das 24. bereits im Blick*

Stern/Kirchsteigfeld/Drewitz
6–8 *Drewitz im Umbruch/ Neubau am Keplerplatz etc.*

Forum
9 *Interviewt: Finanzminister Helmuth Markov (DIE LINKE)*

Für Toleranz, Gewaltfreiheit und friedliches Miteinander

DIE LINKE.Potsdam begrüßt und unterstützt die Aktion des Bündnisses „Potsdam bekennt Farbe".

Für den 15. September 2012 hat die rechtsextreme NPD eine Demonstration unter dem Motto „Wir arbeiten - Brüssel kassiert" in Potsdam angemeldet. Die Landeshauptstadt Potsdam, das Bündnis „Potsdam bekennt Farbe" und die Unterzeichner dieses Aufrufes fordern alle Potsdamerinnen und Potsdamer zum friedlichen, gewaltfreien und kreativen Protest gegen den geplanten Aufmarsch auf.

Potsdam hat den Nazis in den letzten Jahren schon häufig die Stirn geboten (siehe Foto: „Waldstadt-Spaziergang" am 3. Dezember 2011). Es gilt erneut Farbe zu bekennen. „Wir wollen gemeinsam zeigen, das Potsdam demokratisch, weltoffen ist. Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit sind Angriffe auf die Demokratie. Dagegen anzukämpfen bedeutet zualler erst, nicht weg zu schauen, präsent zu sein und damit zu verdeutlichen, dass die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger für Menschenrechte und Toleranz steht - und das werden wir am 15.9. gemeinsam machen. Wir bitten alle dabei mitzuhelfen. Lassen Sie uns gemeinsam ein sichtbares Zeichen setzen und deutlich machen, dass wir uns gegen Aufmärsche der Rechten zur Wehr setzen" betont Sascha Krämer, Kreisvorsitzender DIE LINKE.Potsdam.

Deshalb: Am 15. September 2012 zum „5. Fest für Toleranz - Vielfalt feiern" auf der Wiese am Ausgang Hauptbahnhof Nord, Babelsberger Straße.



Reichtum ist teilbar – Millionärssteuer jetzt!

DIE LINKE fordert die Wiedereinführung der Vermögenssteuer in Form der Millionärssteuer. Trotz der Krise ist die Zahl der Millionäre weiter gestiegen. DIE LINKE fordert deshalb eine Umverteilung des Reichtums und die Einführung einer Vermögensabgabe! Allein eine Millionärssteuer würde je nach Berechnungsgrundlage 70 bis 100 Milliarden EUR zusätzliche Einnahmen jährlich bedeuten – Geld, das sinnvoll gegen den Sozialabbau eingesetzt werden könnte. Eine gezielte Besteuerung der hohen Vermögen ist nicht nur ein Gebot der klammen Kassen, sondern auch eines der Gerechtigkeit. Der Ausweg aus der Finanzkrise darf nicht zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger geschehen, sondern muss die wirklich Verantwortlichen zur Kasse bitten – die Banken und Finanzspekulanten!



DIE LINKE unterstützt das Bündnis „UmFAIRteilen" – Reichtum besteuern!" und beteiligt sich in vielen Städten an Aktionen.

TLG fairwohnen: Ausgeschieden – aber nicht verloren

Auch wenn die Genossenschaft „TLG fairWohnen" aus dem Bieterverfahren um die bundeseigene Gesellschaft „TLG Wohnen" ausgeschieden ist, geht der Einsatz der LINKEN für bezahlbares Wohnen weiter. In Brandenburg sind rund 2.300 Wohnungen von der angedrohten Privatisierung der „TLG Wohnen" betroffen, allein in Strausberg 970 Wohnungen. Rund ein Drittel der Mitglieder der Genossenschaft kommen aus Strausberg. „Mit der Genossenschaft wollten wir beweisen, dass Wohnen Menschenrecht ist und nicht Markterfordernissen folgen muss", erklärte Stefan Ludwig, der Landesvorsitzende der LINKEN Brandenburg, der ebenfalls Genossenschaftsanteile an der „TLG fairWohnen" gezeichnet hat.

„Als Mitglied der Genossenschaft habe ich mit großer Enttäuschung zur Kenntnis genommen, dass unser Kampf gegen die Privatisierung von Wohnungen politisch nicht gewollt war. Auf über 20 Informationsveranstaltungen haben viele Interessierte Mieterinnen und Mieter unser Angebot zur Kenntnis genommen. Inzwischen hat die Genossenschaft mehr als 600 Mitglieder, und über die Hälfte sind Mieterinnen und Mieter aus den zum Verkauf stehenden Wohnungen der TLG. Trotz der gegen uns gefällten Entscheidung unterstütze ich die Vorschläge, dass die Genossenschaft weiter bestehen soll. Ihr (neues) Ziel könnte u.a. darin bestehen, eine wirkliche Sozialcharta für die Mieterinnen und Mieter zu entwickeln, die dann dem letztendlichen Erwerber durch unseren öffentlichen Druck auferlegt werden muss und ihn an der ausschließlichen maximalen Renditegewinnung hindern wird", betonte Ministerin Anita Tack.



Zeichen für den Frieden

Gedanken zum Weltfriedenstag/Antikriegstag 2012
von Bernd Martin

Der 1.September wird in Deutschland als Weltfriedenstag oder Antikriegstag begangen. An diesem Tag wird die Öffentlichkeit in Veranstaltungen und Kundgebungen zum Eintreten für den Weltfrieden aufgerufen. Denn hier soll auch an den Beginn des Zweiten Weltkrieges mit dem Angriff der Wehrmacht auf Polen am 1.September 1939 erinnert werden. Seit Beginn der 50-er Jahre des vergangenen Jahrhunderts war das in der DDR bereits Tradition. In der alten BRD ging die Initiative für diesen Gedenktag vom Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) aus. 1966 wurde auf dem Bundeskongress des DGB ein Antrag angenommen „… alles Erdenkliche zu unternehmen, damit am 1. September in würdiger Form als eines Tages des Bekenntnisses für den Frieden und gegen den Krieg gedacht wird."
Ob Weltfriedenstag oder Antikriegstag – immer noch führen Staaten Kriege, immer noch sterben Menschen, immer noch wird Profit mit Waffenexporten gemacht.
Krieg bedeutet Mord: Deshalb treffen sich friedliebende PotsdamerInnen auch am 1. September 2012 auf dem Platz der Einheit, um ein friedliches Zeichen für den Frieden zu setzen.

Informationen zur Oktober-Ausgabe

Die Redaktionssitzung von „Potsdams andere Seiten“ findet am Dienstag, 28. August 2012, ab 17.00 Uhr in der Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE.Potsdam in der Dortustraße 53 statt. Eingeladen sind besonders alle Interessenten, die mit Ideen und/oder Text-/bzw. Bildbeiträgen zum Oktober-Schwerpunkt – Babelsberg/Zentrum Ost – beisteuern können.

Redaktionsschluss für die Oktoberausgabe ist dann am Dienstag, 18. September 2012.

Die Ausgabe erscheint am Dienstag, 1. Oktober 2012.

Die Redaktion

Rot-Rot hält Wort – Seen bleiben „volkseigen“

DIE LINKE begrüßt die Zustimmung des Bundesfinanzministeriums zum Verkauf von 65 Seen der bundeseigenen Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH (BVVG) an Brandenburg. Dazu erklärt die umweltpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Landtag, Carolin Steinmetzer-Mann: „65 Seen zum Preis von 3,74 Mio Euro an Brandenburg zu verkaufen - das ist eine gute Nachricht für die vielen Brandenburger See-Fans.“ Damit werden diejenigen Seen gesichert, die überwiegend im Besitz der BVVG sind. Weitere Seen wird Brandenburg als Bestandteil des sogenannten Preußenvermögens sowie im Rahmen des Nationalen Naturerbes übernehmen. Damit ist die Gefahr gebannt, dass die Seen von der BVVG privatisiert werden und damit Geschäfte auf Kosten der Allgemeinheit gemacht werden - so, wie das am Wandlitzsee geschehen ist. Die rotrote Koalition hält ihr Versprechen, die öffentlichen Interessen an den Seen zu sichern. Dies wird auch das wichtigste Kriterium bei der Entscheidung über den weiteren Umgang mit den Seen sein. Eine interministerielle Arbeitsgruppe soll dazu jetzt für jeden See ermitteln, welche öffentlichen Interessen im Vordergrund stehen. Mit dem jetzigen Verkaufspaket bleiben die ehemaligen volkseigenen Seen in der öffentlichen Hand.



Der Fahrländer See steht auf der Liste der vom Land zu kaufenden Seen.

„Die Qual der Wahl“

„Von Zaunkönigen und Zaungästen“/Die LINKE und das Delegiertenprinzip

Zu einer anregenden und durchaus kontroversen Diskussionsrunde zwischen Praktikern aus der Berliner LINKEN und einem Mitglied der Piratenpartei kam es auf Einladung der EmaLi (Emanzipatorische Linken) Berlin am 08. August im Karl-Liebknecht-Haus. Die bundesweite Strömung der EmaLi sieht unsere Partei in Gefahr. Sinkende Mitgliederzahlen und der rasante Aufstieg der Piraten sind dabei nicht nur Randphänomene. Alt- und Neumitglieder wollen mehr von der innerparteilichen Lebenswelt, so der Tenor der Diskussionspartner unter der Moderation von Lena Kreck. Abhilfen von der Zuschauer- zur Mitmachpartei könnten sich auf dem zukunftsfähigen Weg durch das internetbasierte Konzept „Liquid Democracy“ (LD) zeitigen. Erste Erfahrungen der Piraten hierbei sind jedoch nicht unwidersprochen geblieben. Nicht alle sind schon „internetfähig“, so ein älterer Genosse. Den reellen, direkten Diskurs unter den Mitgliedern kann LD letztlich nur ergänzen. Gerade für Jüngere kommt es auf eine aktive Berücksichtigung ihrer politischen Ideen an, ohne ihrer Stimme einem Delegierten zu übertragen. Zumindest an diesem Punkt sind die Piraten einen Schritt voraus.

Roman Piffrement

Brandenburger noch immer Beschäftigte „zweiter Klasse“ in der Landesverwaltung

Auch 21 Jahre nach der Wiedervereinigung sind Brandenburger in Führungspositionen der Landesverwaltung nur selten anzutreffen. In den Ministerien gibt es kaum einen Abteilungsleiter ostdeutscher Herkunft. In den mittleren Führungsebenen sieht es nicht viel besser aus. Hier sind oftmals nur ca. 20 – 30 Prozent gebürtige Ostdeutsche (davon sind nur wenige Brandenburger!) beschäftigt. In den Führungsebenen der nachgeordneten Geschäftsbereiche scheint es noch düsterer zu sein. Oft wird da die komplette Geschäftsführung aus den alten Bundesländern gestellt. Demgegenüber bilden Brandenburger das „Fußvolk“. Das sind wirklich ungesunde Verhältnisse, und es ist kein Wunder, wenn in der Bevölkerung der Eindruck entsteht, dass die Landesverwaltung „fremdgesteuert“ wird. Aber auch in der Zusammenarbeit zwischen kommunaler und Landesverwaltung führt dies zu mentalitätsbedingten Kommunikationsproblemen.

In den ersten Jahren nach der Wende war vorgesehen, dass Hochschul- und Universitätsabsolventen, die ihre Ausbildung in der DDR abgeschlossen hatten, entsprechend ihrer Ausbildung und Erfahrungen die Entwicklungsmöglichkeiten erhalten sollten, in die Laufbahn des höheren Dienstes (dies ist grundsätzliche Voraussetzung, um Führungspositionen übernehmen zu können) verbeamtet werden zu können. Dies wurde ihnen jedoch oftmals verwehrt! An ihrer Stelle wurden im höheren Dienst fast nur Westdeutsche eingestellt. Erschwerend kam hinzu, dass die Landesregierung seit dem Jahr 1991 offenbar dem Grundsatz folgte, dass Führungspositionen durch Westdeutsche zu besetzen sind.

Sukzessive scheiden die damals eingestellten Westdeutschen aus dem Arbeitsleben aus, jedoch werden freiwerdende Führungspositionen weiterhin fast ausschließlich durch Westdeutsche nachbesetzt.

Der hier oft gebrachte Einwand, es würden nicht genügend ostdeutsche Bewerber zur Verfügung stehen, verfängt nicht. Zum einen haben weit über 80 Prozent der Gesamtbeschäftigten der Landesverwaltung eine ostdeutsche Herkunft. Von Ihnen hat ein großer Teil einen Hochschulabschluss, jedoch hat nur ein kleiner Teil von Ihnen die Möglichkeit erhalten, im höheren Dienst tätig zu sein. Zum anderen gibt es mittlerweile zahlreiche brandenburgische Bewerber, die erst nach der Wende ein Hochschulstudium absolviert haben.

Wegen der beamtenrechtlichen Regelungen des Landes Brandenburg können Brandenburger nur im Ausnahmefall Führungspositionen in der Landesverwaltung übernehmen, daher sollte die Landesregierung endlich tätig werden, zumal es seit der Föderalismusreform im Jahre 2006 in ihren Händen liegt, die gesetzlichen Regelungen für Laufbahnen, Besoldung und Versorgung den Bedürfnissen des Landes anzupassen.

IMPRESSUM

„Potsdams andere Seiten“
Die Linke ◄ Monatszeitung
für die Landeshauptstadt.
HERAUSGEBER: Kreisvorstand DIE LINKE. Potsdam; ***Sascha Krämer,*** Vorsitzender. Dortustraße 53, 14467 Potsdam.
REDAKTION: medien**punkt** potsdam; Hessestraße 5, 14469 Potsdam ***Bernd Martin*** (V.i.S.d.P.); ***Rainer Dyk,*** Redakteur; ***H. Jo. Eggstein,*** Layout; ***Jens Hörnig,*** Reisen, Service; ***Renate Frenz,*** Redaktionssekretariat; Tel.: 0331/ 20 01 89-70; Fax: -71; email: pas.redaktion@ gmx.net;
ANZEIGEN: Sekretariat.
BANKVERBINDUNG: Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kto-Nr. 3508020699; BLZ: 160 500 00
„PaS“ erscheint monatlich für 12.000 LeserInnen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion. Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme des Kreisvorstandes und/oder der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des/der AutorIn dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw. Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Für die Veröffentlichung von Leserpost behält sich die Redaktion das Recht sinnwahrender Kürzungen vor.
BILDAUTOREN: Redaktion, Archiv, FFh (S. 1), 11 BS (S. 7)
DRUCK: Nordost-Druck GmbH Neubrandenburg.

„Eine tolle Stimmung“

Das 23. Sommerfest der LINKEN war erfolgreich – und das 24. bereits im Blick

Was ist das Wichtigste für ein Sommerfest? – Natürlich das Wetter. Und das hielt, was es versprach. Es war ein warmer, sonniger 11. August. Das aus „jungen und alten“ GenossInnen bestehende Organisationsteam knüpfte an gute Erfahrungen aus der traditionellen 23-jährigen Geschichte des Sommerfestes an. Und das Fazit: Ein zünftiges Sommerfest als ein Dankeschön für das Engagement aller MitstreiterInnen, ein Ort für politische Gespräche, für die Begegnung mit Freunden und nicht zuletzt für feierliche Geselligkeit liegt hinter uns. Blicken wir zurück, so erinnern wir uns an die vielen tausend Besucher, die über den Tag das Fest besuchten. Das Konzept ist also aufgegangen und auch die Veränderungen, die das Sommerfest in den letzten Jahren erlebte, haben dazu beigetragen, viele Menschen zu begeistern. Besonders erfreulich war, dass auch der Familienbereich den ganzen Tag über gut besucht war und zudem viele interessierte PotsdamerInnen erfreuen konnte. Das abendliche Jugendkonzert mit über 1000 Besuchern war als Abschluss des gelungenen Festes für viele ein weiterer Höhepunkt. Stellvertretend für alle hier die Meinungen einiger Besucher:

Dr. Herbert Schlomm: „Eine tolle Stimmung. Und das gesamte Fest ist sehr gut organisiert.“

„Biggi“: „Es ist wirklich toll. Ich habe schon so viele alte Freunde hier getroffen, die ich schon lange nicht mehr gesehen habe, wirklich großartig. Ich habe mich noch mit Anita unterhalten. Ich mag sie wirklich sehr.“

Dieter (60): „Ich bin das erste Mal auf eurem Fest und ich muss sagen, dass es mir sehr gefällt. Ich habe schon viele Kollegen meines alten Betriebes „Deutrans“ wieder getroffen, darüber habe ich mich besonders gefreut.“

Paul (34): „Zehn Jahre ist es her, dass ich die ‚Skeptiker‘ bei einem Festival sehen konnte. Damals war es ein Abschiedskonzert. Sie jetzt wieder mit der gleichen Power und Energie zu erleben. Das war mein persönlicher Höhepunkt des Tages.“



Die Ausstellung der „Norbert-Fiebelkorn-Stiftung“ zu Potsdams Historie regte zu manchen Diskussionen an.



Der „Ernst-Busch-Chor“ erfreute mit Arbeiter- und Volksliedern.



Die Genossen aus Weinheim (Rheinland-Pfalz) sind seit Jahren beliebte Gäste. Und Steffen Pfrogner aus dem OV Potsdam-Süd lobte den Wein aus Weinheim...



Die „Roten Nasen“ spenden Trost für kranke Kinder. Auf dem Fest machten sie natürlich „nur Spaß“.

Anette (26): „Ich bin mit meiner kleinen Tochter hier. Das Ponyreiten haben wir schon mitgemacht. Toll, dass hier das Kindertheater Pampelmuse auftritt. Ich komme gern wieder.“

Im nächsten Jahr wird der Landesverband der Partei DIE LINKE das Potsdamer Sommerfest nutzen, um seinen „heißen Wahlkampf“ zur Landtagswahl 2013 zu starten. Dazu ist es wichtig und richtig, etwaige Anregungen und Verbesserungsvorschläge an unsere Geschäftsstelle in der Dortustrasse zu richten. Jedenfalls sollte man schon den Termin für das kommende 24. Sommerfest am 24.08.2012 notieren.

Matthias Lack , Kreisvorstand DIE LINKE. Potsdam

Kurz und knapp



Man trifft sich auf dem Sommer-Familien-Fest der Potsdamer LINKEN – wie Hans Nieswand (ehemaliger Sekretär der SED-Bezirksleitung) und Hans-Volker Hoepner (ehemaliger Leiter des FDJ-Stabes Zentrales Jugendobjekt „Havelobst“).



Jüngster Gast müsste man sein, dann wird man sogar während der Veranstaltung getragen. Und das übernahm eigenhändig Matthias Lack vom Org.-komitee des Festes.



Mal nicht auf einer der Bühnen in den Talkrunden: Stets gefragter Gesprächspartner war der Landesvorsitzende der Linkspartei, Stefan Ludwig (l.).

Der Ex-Kronprinz als Tröster Hitlers

September 1932

Die Ergebnisse der Wahlen zum Deutschen Reichstag am 31. Juli 1932 waren für die Nationalsozialisten enttäuschend, obwohl die NSDAP gegenüber den Wahlen am 14. September 1930 die Anzahl ihrer Sitze im Deutschen Reichstag von 107 auf 230 steigern konnte. Doch ihr großes Ziel - das Erreichen der absoluten Mehrheit und damit die Übernahme der Macht im Deutschen Reich - war mit 37,3 % der Stimmen nicht erreicht worden.

Schon stand ein Tröster bereit. Nicht irgendeiner, sondern der Sohn Wilhelm II. - Ex-Kronprinz Wilhelm.



Am 25. September 1932 richtete Wilhelm einen Brief aus Potsdam (Schloss Cecilienhof) an Adolf Hitler, in dem er Trost spendete und Hilfe anbot. „...damit Sie Ihre so wundervolle Bewegung aus der unfruchtbaren Oppositionsstellung wieder herausbringen."

„Sie wissen auch", so biederte er sich an, „dass ich stets an einer Verständigung zwischen N.S.D.A.P., Stahlhelm und D.N.V.P. energisch mitgearbeitet habe. [...] Und so möchte ich nach einem Ausweg und nach einer Verständigung suchen helfen..."

Weiter flehte Wilhelm den Führer der NSDAP, Hitler, geradezu an: „Stellen Sie bitte persönliche Empfindungen zurück und führen Sie diese herrliche nationale Bewegung hinein in fruchtbringende Arbeit!"

Und damit ja kein Zweifel aufkäme an seinem Denken, schloss Wilhelm mit der Formel: „In alter Gesinnung..."

Ein Ignorant, wer da meint, dass die Hohenzollern von den Nationalsozialisten missbraucht worden seien. *-rt*

Kultur als Produktionsfaktor

September 1952

Wieder einmal stand die planmäßige Produktion im VEB Lokomotivbau „Karl Marx" Babelsberg auf der Kippe. 33 Tonnen Schmiedeteile fehlten. Und die sollten aus dem Dampfhammerwerk in Großenhain/Sa. kommen. Wie aber die Großenhainer die dringliche Babelsberger Forderung erfüllen sollten, war nicht klar.

Da hatte man in Babelsberg eine Idee. Die Kulturgruppe des VEB Lokomotivbau „Karl Marx" Babelsberg, bestehend aus 90 Werktätigen, reiste am 27. September 1952 nach Großenhain und erfüllte damit ihre Verpflichtung, bei den Kollegen in Großenhain/Sa. aufzutreten. Nun waren die Sachsen am Zug. 92 Kollegen leisteten eine Sonderschicht und schmiedeten die 33 Tonnen der so dringend in Babelsberg benötigten Teile. Die Produktion war für diesmal gerettet.

Wenn doch jedes ökonomische Problem in der DDR so hätte gelöst werden können!

Schüler bauen auf

September 1957

1957 waren die Wunden des Krieges in Potsdam längst noch nicht verheilt. Ruinen gehörten zum Stadtbild wie auch leere Plätze, auf denen sich einst Häuser befunden hatten. Zu diesen zählte der Platz zwischen der Friedrich-Ebert-Straße und dem Alten Markt.

Die Schüler der Potsdamer Mittelschule 8 waren es, die am 11. September 1957 die Initiative ergriffen. Sie riefen alle Potsdamer Schüler dazu auf, eben diesen Platz zu gestalten, „...denn wir glauben, dass der große Platz, der entstehen soll, nicht nur zur Verschönerung unserer [...] Stadt beitragen, sondern uns gleichzeitig alle Möglichkeiten der Freizeitgestaltung erschließt."

Sie schlugen einen Wettstreit um die meisten Einsatzstunden vor. Zugleich verpflichteten sich die Schüler der Mittelschule 8, „...einen Teil des Bauvorhabens selbständig zu übernehmen." Und sie fügten an: „Wenn jede Schule diesem Beispiel folgt, dann wird der Erfolg nicht ausbleiben. Also auf zu Taten!"

Der Aufruf verhallte nicht ungehört. Erfolge blieben nicht aus, der Platz nahm Gestalt an. Allein die Schüler der Bruno-H.-Bürgel-Schule (Babelsberg) rechneten am 10. November 1957 in der „Märkischen Volksstimme" 180 Aufbaustunden ab.

Wie wäre die Beteiligung an diesem Wettbewerb ausgefallen, hätten die Schüler auch nur geahnt, dass dieser Platz - sollte das „Parlamentsschloss" je fertig werden - für die Freizeitgestaltung verloren ist?

Ernteeinsatz kontra „Engpässe"

September 1962

1962 war die sozialistische Kollektivierung in der Landwirtschaft so gut wie abgeschlossen, doch die erhofften Ergebnisse der landwirtschaftlichen Produktion nicht erreicht. Besonders in der Erntezeit traten ernsthafte Engpässe auf. Da vielerorts noch Maschinen für die großen Flächen fehlten, sollten Menschen diese Lücke schließen.

Die Propagandamaschine lief auf Hochtouren. Vornweg die „Märkische Volksstimme". Sie forderte am 01. September 1962: „Jeder, der was auf sich hält - geht heut und morgen auf das Erntefeld!"

Der Erfolg blieb nicht aus. Am 01. September 1962, einem Sonnabend, leisteten 800 Potsdamer in den Kreisen Nauen und Neuruppin ihren Ernteeinsatz. Vielleicht dachte der eine oder andere: „Wenn wir winters essen wollen, müssen wir jetzt in die Knollen!"



Mehr Sicherheit für die Fontaneschüler

Die Grundschüler der Fontane-Oberschule besuchen zu einem großen Teil den Hort in der Kita „Zauberwald" am Liefeld's Grund. Um diesen zu erreichen, müssen sie die Kreuzung Zum Teufelssee/Liefeldsgrund queren, ab der 2. Klasse in der Regel ohne Begleitung erwachsener Aufsichtspersonen. Die Straße Zum Teufelssee verzeichnet ein entsprechend hohes Verkehrsaufkommen.

Darüber hinaus begünstigt sie aufgrund ihrer baulichen Beschaffenheit (seitliche Parktaschen, Fahrbahnbreite etc.) Überschreitungen der 30km/h-Beschränkung (im gesamten Wohngebiet!). Zur besseren Sicherung der Kinder erscheinen daher bauliche Maßnahmen zur zusätzlichen Reduzierung der Geschwindigkeit und zur Erhöhung der Aufmerksamkeit der Verkehrsteilnehmer dringend geboten. DIE LINKE stellte daher in der SVV am 22. August dazu einen Antrag, der in den Ausschuss für Bildung und Sport überwiesen wurde.



Freier Uferweg am Griebnitzsee – das Ziel rückt ein Stück näher

Die Verwaltung legte einen Monat früher als in Aussicht gestellt zum B-Plan Nr. 125 „Uferzone Griebnitzsee" die Änderung des Geltungsbereiches, die Abwägung und den Satzungsbeschluss vor.

Die Stadtverordnetenversammlung hat im Mai 2008 den Beschluss zur Aufstellung des B-Planes 125 gefasst. Das geschah vor dem Hintergrund, dass das OVG Berlin-Brandenburg aufgrund anhängiger Normenkontrollverfahren die im November 2007 von den Stadtverordneten beschlossene Satzung zum B-Plan Nr. 8 „Griebnitzsee" für unwirksam erklären könnte. Das ist z. T. auch so erfolgt.

DIE LINKE hat immer wieder darauf gedrängt, dass die planerischen Voraussetzungen für das Erreichen des politischen Zieles, eine durchgängige Uferzone am Griebnitzsee zu schaffen, sehr zügig erarbeitet werden. Die Beschlussvorlage B-Plan Nr. 125 – Änderung des Gestaltungsbereiches, Abwägung und Satzungsbeschluss – liegt nun vor. Damit ist eine weitere wichtige Grundlage für die Ausgestaltung des Prozesses zur Schaffung eines öffentlich zugängigen, durchgängigen Uferweges geschaffen.

Der Beschluss hat auch eine Bedeutung für die Umsetzung eines Antrages der LINKEN, der seit September 2009 seiner Entscheidung harrt. Mit dem Antrag wird der Oberbürgermeister aufgefordert, der Stadtverordnetenversammlung bis Dezember 2009 (!!!) einen Vorschlag zur Gründung einer Stiftung „Freies Ufer am Griebnitzsee" vorzulegen. Ein Argument der Verwaltung, die Entscheidung noch auszusetzen, war die Nichtexistenz endgültiger und verbindlicher Planungsbeschlüsse. Dass es die grundsätzliche Bereitschaft potentieller Stiftungsmitglieder, Vermögen in eine solche Stiftung einzubringen, gibt, hat der OB bereits im April 2010 mitgeteilt. Gemäß eines im Januar 2012 erneut gestellten Antrages gleichen Inhalts soll der Oberbürgermeister die Voraussetzungen für die Stiftungsgründung oder einer ähnlichen Form des bürgerlichen Engagements klären und nach der Sommerpause im Hauptausschuss berichten. Die Sommerpause ist vorbei – wir sind gespannt!

Übrigens: Der erste Beschluss zur öffentlichen Nutzung des Uferweges wurde von der Stadtverordnetenversammlung am 28. Februar 1990 gefasst! *s.m.*

Wohnen und Mieten in Potsdam

DIE LINKE hat in der Vergangenheit immer wieder darauf gedrängt, dass die soziale Verantwortung des städtischen Wohnungsunternehmens ProPotsdam gestärkt wird. Das hat sicher dazu beigetragen, dass das Eine oder Andere eingeführt wurde, um die Situation etwas zu entschärfen. In der Kommunalpolitik gab es ebenfalls mehrere Anläufe, eine Lösung für das Problem zu finden. Der „große Wurf" ist bisher nicht gelungen.

DIE LINKE und die SPD haben sich zunächst unabhängig voneinander nochmals intensiv mit dem Thema beschäftigt. Das Ergebnis dieser Überlegungen findet sich inzwischen in einem gemeinsamen Antrag beider Fraktionen wieder. Der Kern dieses Antrages: Einführung mietstabilisierender Maßnahmen bei Wohnungen der ProPotsdam ab dem 1. Oktober 2012. Die Maßnahmen sind konkret benannt:

Bei sämtlichen Modernisierungsmaßnahmen sind die umlagefähigen Kosten auf 9 % zu beschränken.

Mietsteigerungen werden auf maximal 15 % in vier Jahren begrenzt.

Bei Wiedervermietung dürfen Mieterhöhungen höchstens 10 % über der ortsüblichen Vergleichsmiete gemäß Mietspiegel liegen.

Für die Umsetzung dieser Maßnahmen wurden bisher Kosten von 13,2 Mio. EURO über einen Zeitraum von 10 Jahren genannt. Die, wie auch eventuelle Auswirkungen der Umsetzung der o. g. Maßnahmen, sollen bis zur Stadtverordnetenversammlung am 19. September detailliert dargestellt werden.

Die ProPotsdam mit knapp 17.000 Wohnungen im Bestand wird mit diesem Auftrag vor eine große Herausforderung gestellt, zumal trotz der Umsetzung der mietstabilisierenden Maßnahmen keinerlei Abstriche an dem geplanten Wohnungsbauprogramm der ProPotsdam zugelassen werden. Das sieht den Neubau von 1.000 neuen Wohnungen bis 2019 vor.

Mit diesem Antrag setzt DIE LINKE einen weiteren Akzent in ihrer wohnungspolitischen Arbeit: Bezahlbares Wohnen für alle!

Die Drosselung von Mieterhöhungen sei zwar nicht die Lösung des Problems, aber ein Schritt in die richtige Richtung, sagte Hans-Jürgen Scharfenberg. Der Antrag wurde beschlossen.

Am Uferweg in der Speicherstadt festhalten

Das Anliegen, in Potsdam die Uferwege für alle zugänglich zu machen, hat zunehmend an Bedeutung gewonnen. So haben die Auseinandersetzungen um den freien Uferzugang am Griebnitzsee oder in Groß Glienicke eine breite öffentliche Beteiligung gefunden. 2008 legte die Stadtverordnetenversammlung im Zusammenhang mit dem Rahmenplan für die Speicherstadt fest, dass auf diesem endlich zu entwickelnden Areal ein durchgängiger Uferweg zu bauen ist. Dem ging eine kontroverse Diskussion voraus, nach der sich der Oberbürgermeister schließlich dem von der Linksfraktion konsequent vertretenen Ziel beugte. Umstritten war, ob auf dem Gelände des städtischen Wasserwerks in der Trinkwasserschutzzone ein Uferweg gebaut werden kann. Nach entsprechenden Prüfungen und Absprachen mit der EWP wurde eingeschätzt, dass nach einer Herabstufung aus der Trinkwasserschutzzone 1 in die Zone 2 ein solches Vorhaben realisiert werden kann. Daran wurde in den Folgejahren gearbeitet. Im Juli dieses Jahres kam völlig überraschend die Nachricht, dass der Uferweg doch nicht gebaut werden kann, weil die Bestimmungen zum Trinkwasserschutz das nach Auffassung des Umweltministeriums nicht zuließen. Die Folge wäre, dass nicht nur im Bereich des von der Firma Groth erworbenen Grundstücks, sondern auch auf dem Grundstück der EWP vom Beschluss der Stadtverordnetenversammlung abgewichen würde. Das lehnt DIE LINKE energisch ab. Wir sind nicht bereit, die ursprüngliche Zielstellung aufzugeben und den Beschluss von 2008, wie vom Oberbürgermeister beantragt, aufzuheben. Deshalb fordern wir mit einem Antrag in der Stadtverordnetenversammlung, dass das Gespräch mit dem Umweltministerium gesucht wird und alle Anstrengungen unternommen werden, um den Weg wie bisher geplant am Ufer entlang zu führen. Es ist selbstverständlich, dass dabei der Trinkwasserschutz eingehalten werden soll. Aber es gilt, bei einer Abwägung durch die untere Wasserbehörde auch die vorhandenen Ermessensspielräume auszuschöpfen.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

DIE LINKE begrüßt Urteil zugunsten menschenwürdiger Leistungen für Flüchtlinge

Seit 1993 wurden die Leistungen für Asylbewerber nicht erhöht. Während Hartz-IV-EmpfängerInnen einen Regelsatz von 374 Euro pro Monat erhalten, sind die Leistungen bei Flüchtlingen auf 224 Euro beschränkt. Vor diesem Hintergrund hat das Bundesverfassungsgericht entschieden: Die Leistungen für Flüchtlinge in Deutschland verstoßen gegen das Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum, die Betroffenen müssen mehr Geld bekommen.

DIE LINKE begrüßt das längst überfällige Urteil, das die Abschaffung der Diskriminierung der Flüchtlinge in diesem Zusammenhang juristisch festschreibt. Die Leistungen für den Lebensunterhalt waren ohnehin immer willkürlich festgesetzt. Das Gericht hat ausdrücklich festgestellt, dass die zur Sicherung der Existenz erforderliche Höhe „evident verfehlt" wurde. Nun ist der Gesetzgeber verpflichtet, die Leistungen neu zu regeln. Bis dahin gilt eine Übergangsregelung (Az. 1 BvL 10/10 und 2/11). Das Urteil gewährleistet, dass eine Gleichstellung der Flüchtlinge mindestens mit anderen Menschen in Deutschland, die soziale Leistungen erhalten, erfolgt. Dies ist ein wichtiger Schritt. Doch weitere müssen folgen. Dazu zählt die Lockerung bzw. Aufhebung der Residenzpflicht in ganz Deutschland sowie die Aufhebung des „Arbeitsverbotes" für Flüchtlinge. Nicht zuletzt muss auch das Prinzip „Gutschein statt Bargeld" für existenzsichernde Leistungen abgeschafft werden. Dies wird noch immer in einigen Bundesländern sowie Landkreisen in Brandenburg praktiziert. Wenn dies erreicht ist, wäre die Willkommenskultur in Deutschland zum Positiven, nämlich zu mehr Menschlichkeit, verändert.

„Warum einfach, wenn es auch umständlich geht"

Verkehrslogistik Gartenstadt Drewitz/Von Klaus Mohrholz, OV Stern-Drewitz-Kirchsteigfeld



Die Umbaumaßnahmen zur Gartenstadt Drewitz sind voll im Gange nachdem vorher viel verhandelt und geplant wurde. Das ist erst einmal ein gutes Zeichen, doch wir wären nicht in Potsdam, wenn dann alles reibungslos funktionieren würde.

Erst einmal wie es geplant war: Kein Mehrverkehr in den Seitenstraßen und die Parkplätze werden auch während der Bauarbeiten ausreichend zur Verfügung stehen. Als Sofortmaßnahme wird eine 30-er Zone eingerichtet und per Vorwegweisung bereits auf der Schnellstraße auf die weggefallene Durchfahrmöglichkeit hingewiesen. Dann wird als erstes der südliche Kreisel gebaut. Während dieser Bauphase ist Drewitz geteilt, und die eine Hälfte erreicht man über das Kirchsteigfeld, die andere Hälfte über den Stern. Danach kommt die Anliegerstraße vor der Rolle dran, und es werden dafür auf dem Ernst-Busch-Platz und dem ehemaligen Rewe-Parkplatz vorübergehende Ausweichparkplätze zur Verfügung gestellt. Danach ist die nördliche Anliegerstraße dran und der Guido-Seeber-Weg. Die Ausweichparkplätze dafür werden auf der alten dann schon nicht mehr benötigten Konrad-Wolf-Allee angezeichnet. Mittlerweile sollte auch das Stellplatzkonzept greifen und die Parkplatzsituation sich schon deutlich entspannt haben. Danach folgt der Park und die neue Anbindung des HNC Parkplatzes. Zum krönenden Abschluss der Nördliche Kreisel am HNC. Soweit die Planung.

Doch jetzt kommt die Realität: Als die Baustelle für den südlichen Kreisel an der Slatan-Dudow-Straße eingerichtet wird, leitet man den kompletten Durchgangsverkehr kurzerhand durch Ausschilderung über die Sternstraße. Na vielen Dank, was war da mit „kein Mehrverkehr in den Nebenstraßen"? Dies wird jetzt begründet, dass ja die Ersatzlinienführung des VIP dort lang fahren muss. Den Einwand der Bürger, dass ja auch vereinbart war, dass der Bus während der Baumaßnahmen dort lang fährt sonst aber der Durchgangsverkehr durch Schranken verhindert wird, widerspricht plötzlich die Stadt mit den Argumenten, dass ja die Baufahrzeuge der auch gerade in der Sanierung befindlichen Schule sonst nicht mehr fahren könnten. Man beobachtet jetzt also das Geschehen in der Sternstraße, und der Verkehr wird zur großen Belastung für die Anwohner. Mit einem gekonnten Trick versucht man nach einiger Zeit durch eine Einbahnstraßenregelung in der Oskar-Meßter-Straße zumindest die Hälfte des Verkehrs aus der Sternstraße zu nehmen, da aber die Vorwegweisung immer noch zu dem Zeitpunkt in den Mühlen der Verwaltung fest hängt, verdreifacht sich die Belastung, da die nichts ahnend in die Sternstraße eingefahrenen Fahrzeuge wieder umdrehen müssen und erneut durch die Sternstraße zurück zur Schnellstraße fahren müssen. Just als die Stadt eingesehen hat, dass eine Sperrung mittels einer Schranke doch sinnvoll ist wurden auch die Vorwegweisungen endlich angebracht und die Belastung ebbte auf ein verträgliches Maß ab. Und wären wir nicht in Potsdam, so könnte es das schon gewesen sein, aber das Verkehrsroulette geht weiter. Per Vereinbarung mit den Bürgern wurde festgelegt keine Buslinien in der Wolfgang-Staudte-Straße, doch das sollte nicht lange anhalten. Trotz der Planung von drei Ersatzhaltestellen für die Schulbusse bis der Kreisverkehr fertig gebaut ist entschied man in der Stadt, dass es einfacher ist die Blumenrabatte im Kreuzungsbereich Ernst-Lang und Wolfgang-Staudte-Straße zu teeren damit die Busse durch die Wolfgang-Staudte-Straße fahren können. Das allmorgendliche Verkehrschaos und die damit einhergehende Lärmbelästigung und Erhöhung der Unfallgefahr in dem Bereich werden billigend in Kauf genommen. Die Begründung hierfür seitens der Stadt ist die Sicherheit der Schulkinder der Priesterwegschule, die bei den mit von der Stadt geplanten Ersatzhaltestellen nicht gegeben sei. Zumindest hält sich das Chaos morgens zeitlich auf eine Stunde begrenzt, und die betroffenen Bürger und die Stadt konnten sich darauf einigen, dass wenn die Anwohner jetzt das Chaos bis Ende September über sich ergehen lassen, dann wird der Bau der Polleranlage um den Durchgangsverkehr in der W.-Staudte-Straße zu verhindern, sofort nach Fertigstellung des Kreisel in Auftrag gegeben.

Doch noch ist der Poker um den Verkehr nicht beendet, so hat die ProPotsdam bereits begonnen die ersten Wohnblöcke an der KWA zu sanieren, und damit fallen früher als geplant die ersten Parkplätze weg, was ja nicht so gravierend wäre wenn endlich das Stellplatzkonzept umgesetzt werden könnte. Durch den Wegfall des Neubaus des nicht mehr benötigten Parkdeckes hängt es jetzt nur noch an der Formalität der Übertragung der Grundstücke. Bis dahin hat man auf der letzten Baubesprechung zumindest angekündigt, die Ersatzparkplätze auf der KWA jetzt schon anzuzeichnen.

Es ist abzuwarten, wie der Poker um die Gartenstadt weiter geht. Langweilig wird er bestimmt nicht..

Mehr Lebensqualität für die Drewitzer

Im Gespräch: Jörn-Michael Westphal, Geschäftsführer der ProPotsdam GmbH

Herr Westphal, Anfang Juni hat der Umbau zur Gartenstadt Drewitz begonnen. Die umfangreichen Bauarbeiten zur Errichtung des Konrad-Wolf-Parks laufen auch schon auf Hochtouren. Was genau macht die ProPotsdam vor Ort?

Wir werden in den nächsten Jahren unsere Gebäudekomplexe in Drewitz umfangreich sanieren. Mit den ersten 200 Wohnungen in der Konrad-Wolf-Allee, dem Guido-Seeber-Weg und der Eduard-von-Winterstein-Straße haben wir bereits begonnen. Sie werden alle energetisch saniert und barrierearm umgebaut. Dazu wird in jedem Haus ein Aufzug installiert. Die straßenseitige Eingangstreppe und das Podest werden komplett zurückgebaut. Für die Sanierungsarbeiten wird jedem Mieter eine Ausweichwohnung zur Verfügung gestellt. Die ersten Wohnungen werden im Spätsommer 2012 wieder bezugsfertig sein.







Eine so große Baumaßnahme kostet natürlich. Wie viel investieren Sie in die Instandsetzungs- und Modernisierungsarbeiten?

Bei diesem Pilotprojekt investieren wir rund 17,7 Millionen Euro. Trotz dieser Investitionskosten werden bei mindestens 120 Wohnungen die Nettokaltmieten auch nach der Sanierung bei 5,50 Euro pro Quadratmeter liegen. Das wird durch Fördermittel des Landes Brandenburg ermöglicht. Leider warten wir bei 80 Wohnungen noch auf die angekündigte Förderzusage vom Land.

Was wollen Sie mit den Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen erreichen?

Wir hatten uns im Frühjahr mit der Landeshauptstadt und den Stadtwerken geeinigt, Drewitz in Richtung Null-Emissionen-Stadt zu entwickeln. Unser Part dabei ist, die Wohngebäude so zu sanieren, dass die künftigen Mieter komfortabel und energieeffizient wohnen können. Dazu wird auf den Dächern der Wohnkomplexe eine Solarthermieanlage mit einer Kollektorfläche von 118 m² errichtet. Damit kann bis zu 50% der Heizenergie in Form von Fernwärme eingespart werden. Außerdem erneuern wir die Elektroanlagen, die bereits seit 2007 mit Ökostrom betrieben werden, und auch das gesamte Wasser- und Abwassersystem wird überarbeitet.

Welche Auswirkungen haben die Umbauarbeiten in Drewitz auf die Stellplätze? Was kann getan werden?

Wir haben für die Landeshauptstadt ein Bewirtschaftungskonzept erstellt. Dies beinhaltet unter anderem die Neuordnung der Stellplätze bzw. die Schaffung von Ersatzstellflächen. Dazu haben wir alle Mieter angeschrieben und informiert. Wir werden das Konzept in den nächsten Monaten umsetzen, sobald die Flächen für die Bewirtschaftung durch die Landeshauptstadt bereitgestellt werden.

Was bedeutet die Umgestaltung zur Gartenstadt aus Ihrer Sicht für den Stadtteil Drewitz?

Für die Drewitzer bedeutet es auf jeden Fall mehr Lebensqualität. Sie sparen nicht nur an den Wohnnebenkosten, ihr ganzes Wohnumfeld verändert sich zum Positiven. Der Konrad-Wolf-Park wird Ihnen mit den geplanten Spiel- und Erholungsflächen sowie dem Café Möglichkeiten zum Entspannen geben und Freiräume schaffen. Mit der Gartenstadt wird Drewitz zu einem sehr attraktiven Stadtteil in Potsdam werden, mit dem mit der Bürgervertretung gemeinsam formulierten Ziel, dass sich sowohl Familien mit Kindern, Senioren als auch junge Potsdamer wohl fühlen.

(Das Gespräch führte Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg)

Bebauung muss auch im Bornstedter Feld weitergehen

Das Interesse des Bürgerforums Potsdam Nord am Erhalt der Grünflächen und der Ruhe, und damit einhergehend die Forderung auf den Verzicht weiterer Bebauung ist verständlich. Das Problem ist nur, dass es kein ausschließliches Anliegen des Potsdamer Nordens ist. Denn gerade angesichts der angespannten Wohnungs- und Mietsituation geht dieses Thema uns alle an. Dazu erklärt Moritz Kirchner, Ortsverbandsvorsitzender der LINKEN in der Potsdamer Mitte: „Das partikulare Interesse, welches hier formuliert wird, kollidiert mit dem Potsdamer Gemeinwohl. Wir brauchen dringend neuen Wohnraum. Denn ansonsten werden die Mieten weiter steigen und die Wohnungssituation wird noch schwieriger. Das Bornstedter Feld bleibt auch mit mehr Wohnungen attraktiv, und im Vergleich zu anderen Standorten ist hier die Bebauung vergleichsweise einfach durchzuführen. Zudem sollte die Pro Potsdam nicht mit zusätzlichen Kosten durch den Verzicht belastet werden, denn wir brauchen gerade sie als starken Akteur im Wohnungsbau“.

„Die Stadt muss bei der Bebauung beachten, dass eine soziale und technische Infrastruktur mitgedacht und vorgehalten wird. D.h. unter anderem eine gute Anbindung, Kitas und Schulen, aber auch Läden, Ärzte und ein schnelle Breitbandversorgung“, so Sascha Krämer.

Durchgang im Schäferfeld soll offen bleiben

Der Streit um den Weg zwischen Turmstraße und Im Schäferfeld nähert sich einer Lösung. Nachdem der anliegende Garagenverein als Eigentümer der Fläche aufgrund der Intervention von zwei Anwohnern und eines Schiedsspruchs den Weg provisorisch geschlossen hat, geht die Stadt jetzt in Verantwortung. Durch einen Grundstückstausch mit dem Garagenverein soll die Fläche des Weges wieder in städtisches Eigentum überführt und die Durchwegung wieder geöffnet werden. Dem ging eine entsprechende rechtliche Prüfung und Abwägung voraus. Die Verwaltung folgt damit dem von der Linksfraktion im Frühjahr herbeigeführten Beschluss der Stadtverordnetenversammlung, nach dem der traditionelle Durchgang im Interesse der großen Mehrheit der Anwohner offen bleiben soll. *hjs*

Glücksmomente

Am 31. August ist Richtfest der neuen Kita „Baumhaus“ an der Sternstraße 63. Auf Anregung von Kindern und Eltern erhält der Waldhort, derzeit noch mit untergebracht in einer Einrichtung im Kirchsteigfeld, in der nahe gelegenen Parforceheide ein eigenes Heim und damit Raum zum Wachsen und Entfalten. Hier wird er durch eine Kita mit Wald-Profil ergänzt. 120 Plätze wird die Einrichtung haben, für ca. 80 Hortkinder aus dem Kirchsteigfeld, der Rest geht an Drei- bis Sechsjährige. Weitere 20 Kinder ziehen aus dem Hort „Feldmäuse“ dorthin. Am 31. August wird Richtfest gefeiert und bereits im Frühjahr 2013 soll das „Baumhaus“ eröffnet werden. Noch sind Steine und Beton zu sehen. Doch bereits in wenigen Wochen wird auch optisch die Kita ihrem Namen gerecht. Holzelemente an der Fassade nehmen das inhaltliche Profil der Einrichtung auf. 1,8 Millionen Euro investiert independent living in seine neueste Einrichtung. Acht Mitarbeiter werden sich um den Nachwuchs kümmern. Die Ausschreibung dazu läuft derzeit. Für das Haus selbst sind bereits 20 Anmeldungen eingegangen.

Erinnerungen kommen mir beim Schreiben dieser Zeilen hoch. Vor mehr als 20 Jahren, am 6. Februar 1989 durfte ich als damals frisch gebackene Kindergärtnerin auch solche glücklichen Momente erleben. Die erste Kita im neu errichteten Wohngebiet Drewitz wurde feierlich ihrer Bestimmung übergeben. Voller Elan stellten wir uns als Team von jungen und „alten“ Erzieherinnen den Aufgaben der Bildung und Erziehung von Drei- bis Sechsjährigen - ausgerüstet mit neuem Mobiliar und Spiel und Lernmaterialien. Jedoch nicht nur „hard- und software“ sind ausreichende Grundlagen für einen guten Start ins Leben. Die Eltern und Großeltern sollten auf diesem Wege nicht abseits stehen. Sie in die pädagogische Arbeit mit einzubeziehen, sollte unabdingbare Voraussetzung bleiben und vom Erzieherteam ständig hinterfragt werden. Dann sind Glücksmomente, wie die Eröffnung einer neuen Kita auch von langer Dauer und nicht abhängig von einmaligen Ausgangsvoraussetzungen. Dem künftigen Team des „Baumhauses“ wünsche ich einen erfolgreichen Start und den Kindern, Eltern und Großeltern, unvergessliche Momente an diese Zeit.

Jana Schulze



Ein reichliches Jahr nach dem Abriss der Ruine der alten Kaufhalle am Keplerplatz ist an dieser Stelle ein neues Wohnhaus mit 118 Wohnungen entstanden. Das soll Anlass sein, noch einmal ein Blick zurück zu werfen. Schon in den neunziger Jahren gab es lange Diskussionen und Bemühungen um eine Lösung für die zunehmend verfallene ehemalige Wohngebietsgasstätte „Orion“. Nachdem dieser Schandfleck durch Abriss beseitigt und am gleichen Ort mit dem gleichen Namen eine große moderne Kaufhalle und weitere Geschäfte entstanden waren, dauerte es wieder mehrere Jahre, bis eine Lösung für die alte, nutzlos gewordene Kaufhalle gefunden war. DIE LINKE hat nicht nur hartnäckig auf bürgerfreundliche Lösungen gedrängt, sondern ganz konkret dazu beigetragen, dass der Keplerplatz attraktiver geworden ist. Im neuen Haus am Johannes-Kepler-Platz 3 gibt es 118 Wohnungen auf insgesamt 6720 Quadratmeter Fläche. Die Wohnungen mit 1,5 bis 3 Zimmern haben eine Größe von 40,5 bis 93,5 Quadratmeter. Alle Erdgeschosswohnungen sind rollstuhlgeeignet. Alle Wohnungen sind mit Einbauküchen, Balkon, Kabelanschluss, bodengleichen Duschen und schwellenfreien Wohnräumen ausgestattet. Die ersten Wohnungen werden am 1. September übergeben, die nächsten am 1. Oktober. Am 1. September werden auch die beiden Geschäfte, das sind die Bäckerei Exner mit einem Cafe und einer Bäckerei sowie ein kleines Friseurgeschäft, eröffnet. Mit dem Cafe entsteht ein Angebot, das in der Vergangenheit immer wieder von den Sternbewohnern gefordert worden ist

Nach Auskunft der Firma Semmelhaack, der dieses Haus gehört, ist die Vermietung in vollem Gange, denn in Potsdam wird jede neue Wohnung dringend gebraucht.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

„Hokus Pokus, Magischer Schlaatz!“

Harry Potter wird am 1. September 2012 nicht zur Festwiese vom Bürgerhaus am Schlaatz geflogen kommen. Auch nicht Bibbi Blocksberg oder Peter Pan. Magisch und phantastisch wird es mit einer Wahrsagerin, Zauberei, optischen Täuschungen, afrikanischen Trommlern, Kräuterhexen, waberndem Nebel und vielem, vielem mehr von 14.00 bis 18.00 Uhr trotzdem. Kinder verwandeln sich in Elfen, Feen und Gnome, und Benni macht Euch den Buckligen. Eure Eltern könnt Ihr am Grillstand, beim Feuertanz oder zum Besenreiten abgeben und Euch von orientalischen Tänzerinnen wie aus 1001 Nacht verzaubern lassen. Doch treibt es nicht zu wild, denn sonst werden Euch die Thriller-Zombies von Cross Level bis in Eure Träume verfolgen! Ohne die Kooperation mit dem Kinderklub „Unser Haus“ und die Unterstützung durch das Förderprogramm Soziale Stadt, die vielen Schlaatzer Einrichtungen, wie den Integrationsgarten, das Familienzentrum, die Kirche im Kiez, den



Hort Nuthegeister, das Bürgerhaus am Schlaatz, Juventas Crew ALPHA e.V. u.a. und die vielen ehrenamtlichen Helfer wäre die Organisation und Umsetzung unseres alljährlichen Kinderfest um einiges schwieriger! Vielen Dank! Wer sich noch mit eigenen Ideen oder durch die Betreuung einer Aktion beteiligen möchte, ruft uns einfach unter der 0331-8171910 an oder schreibt uns an:

alpha@buergerhaus-schlaatz.de oder www.facebook.com/Jugendclub. alpha!

„Wir müssen Prioritäten setzen“

Im Gespräch: Helmuth Markov, (DIE LINKE), Finanzminister des Landes Brandenburg

Im Koalitionsvertrag zwischen SPD und LINKE wurde Bildung und Wissenschaft prioritäre Bedeutung zuerkannt. Wie wird der Haushalt dieser Vorgabe gerecht?

Wir ermöglichen mit unserer konsequenten Haushaltspolitik zum Beispiel auch die Neueinstellung von etwa 530 Lehrerinnen und Lehrern allein fur das kommende Schuljahr. Bis 2018 könnte es insgesamt sogar mehr als 4.000 Neueinstellungen im brandenburgischen Bildungswesen geben. Und damit sind auch die Anforderungen des Pilotprojektes „Inklusive Schule“ berucksichtigt. Die Koalition aus SPD und LINKE bekennt sich mit den Haushaltplänen für 2013 und 2014 noch einmal ausdrücklich dazu, dass Bildung und Wissenschaft eine überragende Bedeutung haben und entsprechende Berücksichtigung im Haushalt finden müssen. In Zahlen ausgedrückt heißt das, der Wissenschaftsetat steigt in den nächsten zwei Jahren um mehr als 20 Millionen Euro. Wir stärken damit einen Wissenschaftsstandort, der besonders in der Region Berlin- Brandenburg über deutschland- und europaweite Geltung verfügt. Nicht zuletzt werden wir die seit Jahren stagnierende Sportförderung pro Jahr um eine Million auf 16 Millionen Euro anheben. Das honoriert und sichert auch die sportlichen und zumeist ehrenamtlichen Aktivitäten hunderttausender Brandenburgerinnen und Brandenburger.



Der Neubau des Landtages in der Hülle des alten Stadtschlosses geht voran. Dennoch verstummt öffentliche Kritik nicht und existieren finanzielle Unwägbarkeiten. Wird das Stadtschloss zu einem Fass ohne Boden oder zu einer steuerfinanzierten Luxusherberge für Volksvertreter?

Auch in Bezug auf dieses Bauvorhaben gilt, Projekte dieser Größenordnung und dieses Charakters tragen quasi strukturbedingte Unwägbarkeiten in sich. Diese sind wir bislang immer erfolgreich angegangen, wenn man sie erkannt hatte. Und deshalb gilt, der derzeit in Verhandlung befindliche Bauzeitenplan muss in erster Linie dazu dienen, entstandene Probleme zu lösen und zügig sowie kostensparend weiter zu bauen. Für den Bau sind 120 Millionen Euro eingeplant. Über etwaige Zusatzkosten verhandeln wir hart, im Interesse der brandenburgischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, aber auch fair. Während der Bauphase sind einige notwendige, dem technischen Fortschritt folgende Änderungen an der ursprünglichen Planung vorgenommen worden, es gab Zusatzwünsche des künftigen Nutzers, und wir hatten es mit einer Bauzeitverzögerung gleich zu Beginn zu tun, die auf vorher nicht bekannte archäologische Ursachen zurück zu führen sind. All dies kostet vor allem Geld.

Der neue Landtag ist aus gutem Grund ein moderner Zweckbau, trotz der historisierenden Fassade. Dieser gute Grund ist Kostenersparnis, sowohl bei der Bauausführung als auch bei der späteren Bewirtschaftung des Gebäudes. Denn mir will doch wohl keiner ernsthaft weismachen wollen, dass die derzeitigen Bedingungen unter denen die brandenburgischen Volksvertreter tagen, kostengünstiger oder ökologischer seien. Ich vermag nicht zu erkennen, was am neuen Landtagsgebäude Luxus sein soll.

Nicht nur das Land Brandenburg hat Haushaltssorgen. Viele Kommunen sind ohne Landeszuschüsse praktisch handlungsunfähig...

Genau deshalb steht das Land Brandenburg, stehen wir zu unserer Verantwortung, die Kommunen bei der Bewältigung ihrer Aufgaben nicht allein zu lassen. Und wir konnten schon viel bewegen seit dem Start dieser Landesregierung 2009. Wir haben eine Umlage eingeführt, mit der vermögendere Kommunen schwächeren unter die Arme greifen. In diesem Jahr haben wir als Land außerdem die Finanzausstattung der Kommunen – auch im Vergleich zu anderen Bundesländern – massiv erhöht. Die so genannte Steuerverbundmasse stieg um 189,3 Millionen Euro gegenüber 2011. Dies wirkt sich positiv auf die Entwicklung der Schlüsselzuweisungen der Brandenburger Kommunen aus. Sie erhöhten sich 2012 um 141,9 Millionen Euro. Das ist ein Anstieg von 13,9 Prozent oder 57 Euro je Einwohner. In den beiden kommenden Jahren werden wir die Kommunen mit jeweils 3,3 Milliarden Euro ausstatten. Und wir werden besonders den finanzschwachen Kommunen künftig noch stärker unter die Arme greifen. Kommunen mit vorläufiger Haushaltsführung, die bislang oft die Kofinanzierung für Investitionen nicht aufbringen konnten, kamen nicht an entsprechende Fördermittel fur Investitionen. Wir werden jetzt das Gesetz so ändern, dass sie aus dem Ausgleichsfonds Hilfen für die Durchführung von insbesondere überregional bedeutsamen Investitionsmaßnahmen erhalten und damit die erforderliche Finanzierung aufbringen können. Und wir werden die finanzschwachen Wasser- und Abwasserzweckverbände länger unterstützen, damit sie sich sanieren können. Aber auch andere Haushaltsmittel kommen den Kommunen zu gute bzw. entfalten dort ihre Wirkung. Denn die bereits erwähnte Sportförderung zielt ja gerade auf die lobenswerten Aktivitäten vor Ort, um Menschen nicht nur bei einer gesunden Lebensführung zu unterstützen, sondern auch gesellschaftliches Engagement und Zusammenhalt zu fördern.

Oder betrachten wir unser konsequentes Engagement für den so genannten öffentlichen Beschäftigungssektor. Wir wollen bis zum Ende der Legislatur mehr als 2.000 Menschen im Öffentlichen Beschäftigungssektor einen Arbeitsplatz und damit eine Lebensplanung ermöglichen. Für dieses Ziel wenden wir insgesamt 30 Millionen Euro auf. Und davon profitieren nicht zuletzt auch die Kommunen.

Der LINKEN wird immer wieder unterstellt, dass es für sie nur eine Haushaltspolitik gäbe – die des Füllhorns, aus dem man großzügig Geld verteile, das man eigentlich gar nicht habe...

Die Annahme, wir könnten nicht mit Geld umgehen, liegt wohl eher in ideologischen Vorurteilen begründet. Vielleicht ärgern sich einige aber auch einfach nur darüber, dass wir eben tatsächlich eine andere Haushaltspolitik betreiben, andere Prioritäten setzen und damit unerhörterweise auch noch erfolgreich sind. Alleine die Tatsache, dass wir mit dem vorliegenden Haushalt zum ersten Mal in der Geschichte des Landes Brandenburg einen von der ersten Planungsminute an ausgeglichenen Haushalt vorlegen können, ist keineswegs selbstverständlich. Natürlich tut es weh, wenn man Kürzungen hinnehmen muss. Aber wenn wir die Augen vor den harten Fakten verschließen, schaden wir nicht nur den Brandenburgerinnen und Brandenburgern, sondern auch uns selbst. Und die harten Fakten sind nun einmal, dass gerade Brandenburg vom demografischen Wandel derart stark betroffen ist, dass wir, abgesehen von der ohnehin im Vergleich zu anderen Bundesländern nicht gerade rosigen gesamtwirtschaftlichen Situation und Perspektive, absehbare, erhebliche Einnahmeverluste der öffentlichen Haushalte mehr oder weniger vorhersagen können. Wir dürfen uns nicht von der momentan erfreulichen Entwicklung der Steuereinnahmen blenden lassen. Nach wie vor klafft eine gewaltige Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben, ist Brandenburg in beträchtlichem Maße von Transferleistungen abhängig. Und die vier so genannten Geberländer haben, angeführt von Bayern, unmissverständlich deutlich gemacht, dass sie den bislang gültigen Konsens im Länderfinanzausgleich aufkündigen möchten, sprich, sie wollen die Transferleistungen lieber heute als morgen beenden. Wir sind also mehr als gut beraten, nicht nur politisch dafür zu sorgen, dass Brandenburg sich weitgehend selbst finanzieren kann, sondern auch, dies den Bürgern vor Ort geduldig und überzeugend zu erklären. Und das bedeutet eben auch, dass wir Investitionen in Beton nicht mehr in dem Maße vornehmen können und werden wie in der Vergangenheit. Natürlich wird Brandenburg auch weiterhin in seine Infrastruktur investieren, um sich die Optionen für wirtschaftliche Erfolge zu bewahren, aber wir müssen Prioritäten setzen.

„Ich sorge für den Krieg!“

„Sorgt ihr für die Bilder, ich sorge für den Krieg“, so lautet ein legendäres Zitat des amerikanischen Zeitungszaren William Randolph Hearst aus dem Jahre 1898. Die Explosion auf einem amerikanischen Kriegsschiff vor Havanna war der Anlass für den ersten Krieg, den Zeitungen herbeischrieben – den spanisch-amerikanischen Krieg. Mediale Kriegshetze im Auftrag kriegsinteressierter Parteien gibt es zwar schon seit der Erfindung der Druckerpresse. Im Jahre 1898 jedoch schrieben Zeitungen der Yellow-Press zum ersten Mal einen Krieg herbei. Und dieses Konzept funktioniert seither.

Im Jahre 2011 gab es so viele Kriege wie seit Ende des Zweiten Weltkrieges nicht mehr. Dramatisch war die Zunahme 2011 insbesondere im Vergleich zu 2010, als es sechs Kriege gab. Aktuelles Beispiel ist Syrien. Das beginnt verbal: Die Assad-Regierung wird als „gewalttätig, mörderisch“ vor allem aber als „Regime“ charakterisiert. Demgegenüber nennen die westlichen Medien die andere Seite „Opposition“, „Aktivisten“ schlimmstenfalls noch „Rebellen“. Diese wiederum haben schnell gemerkt, dass Desinformation eine wirksame Waffe ist. Für sie wirkt z. B. eine so genannte „Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte“ in Coventry. Die besteht gerade mal aus zwei Anhängern der Exil-Opposition und der Rebellen und ist deren Propagandazentrale.

Syrien ist von Feinden umgeben, die geschworen haben, Assad zu Fall zu bringen. Es ist ja bezeichnend, dass die Hochburgen der Aufständischen in der Nähe der Grenzen liegen, über die Waffen ins Land kommen. Die Assad-Regierung in Damaskus bezeichnet man als Diktatur. Der Journalist Scholl-Latour hält dem entgegen: „Aber sie ist auch nicht schlimmer als andere. Darum verstehe ich auch die Einseitigkeit im Westen nicht. Ist Saudi-Arabien denn ein demokratisches Regime? Ein Land, in dem jeden Freitag Köpfe abgeschlagen und Frauen gesteinigt werden – was in Syrien nicht passiert! Wer redet über die blutige Unterdrückung der Schiiten in Bahrain? Wer redet darüber, dass die Saudis die Freiheitsbewegung in Bahrain mit Panzern niedergewalzt haben? Diese Tugend-Attitüde gegenüber Syrien ist blanke Heuchelei.“

Fazit: Die Traditionslinien sind nachlesbar. Und die Propagandaschlacht hält an.

Bernd Martin

Wir dürfen nicht alles, was wir können

Der Bundesverteidigungsminister Thomas de Maizière gab einer Potsdamer Tageszeitung am 06.08.2012 ein Interview, in dem er die von der Bundeswehr geplante Anschaffung von Drohnen, das heißt unbemannten Flügkörpern zur gezielten Tötung von Feinden, rechtfertigte. Er will damit den Umbau der Bundeswehr zur Interventionsarmee fortsetzen, und er vertieft mit diesen Plänen zugleich die Militarisierung der Außenpolitik. Besonders erschreckend ist seine Begründungsebene für die geplante Beschaffung der Drohnen. Die Interviewerin stellte eine ganz zentrale Frage, nämlich: Ist ein Drohnenkrieg ethisch verantwortbar?

Und daraufhin antwortete der Minister wie folgt: „Es ist kein Unterschied, ob sie mit einer Pistole oder einem Gewehr schießen, einen Torpedo in Gang setzen, eine Bombe ausklinken oder eine mit Raketen bewaffnete Drohne einsetzen. Man kann dazu verniedlichend Wirkmittel sagen. Ethisch ist das alles gleich zu beurteilen. Es gibt aber vielleicht einen Unterschied: Die moderne Technik zeichnet sich dadurch aus, dass sie präziser trifft und nicht so großflächig wirkt.“

Und genau das ist ein im Wortsinne gefährliches Denken. Gefährlich vor allem für diejenigen, die dann Opfer der Drohnen werden. Die erste Behauptung ist die, dass all dieses keinen Unterschied mache. Nun muss man sich jedoch den Einsatz einer Drohne wie folgt vorstellen: Man fährt vom Frühstückstisch in die Kaserne, bedient dort computergesteuert die Drohne, kämpft im Wortsinne virtuell, und danach setzt man sich an den Abendbrotstisch und fragt die Kinder, wie die Schule war. Das ist eine ganz andere Qualität. als tatsächlich selbst zu schießen, der anderen Person in die Augen zu schauen oder das verursachte Leid unmittelbar zu erleben. Vor allem aber macht diese Virtualisierung des Krieges eines (fast) unmöglich: Skrupel. Und genau das ist im Sinne der Militärs, nämlich die strukturelle Ausschaltung von Humanität.

Die zweite Begründungsebene ist die der höheren Präzision. Nun ist der Schutz unschuldigen Lebens natürlich immer anstrebenswert. Welche Prämisse der Minister jedoch verschweigt: Dass gefeuert wird, das gilt als gesetzt. Und dass Interventionen selbst oft erst unschuldige Opfer produzieren. Gegen diesen ministerialen Zynismus verwehren wir uns.

Viel interessanter ist jedoch, was der Minister verschweigt. Eine Drohne tötet einen Menschen, und das sehr zielgenau. Bestimmte Staaten, die über Drohnen verfügen (insbesondere die USA, aber andere Nationen ziehen nach) können also über Leben und Tod entscheiden. Und das natürlich ohne ein juristisches Verfahren oder eine Anhörung. Denn die Drohne hat ihr finales Urteil ja dann schon gesprochen. Daraus ergibt sich, dass elementare Menschenrechte durch den Einsatz von Drohnen mit den Füßen getreten werden. Und der Einsatz für Menschenrechte unglaubwürdig.



Und es stellt sich die Frage: Was sind die Kriterien, nach denen ein Mensch im Wortsinne auf die Abschussliste kommt? Diese sind natürlich geheim, aber sie werden von den mächtigen Nationen definiert. Nicht nur der Drohnenkrieg findet im Verborgenen statt, sondern auch seine Kriterien. Eine tödliche Intransparenz, mit demokratischen Prinzipien unvereinbar.

Und letztens: Geht eine Drohne verloren, so sind das ausschließlich Materialkosten. Es wird auch keine Bilder von Zinksärgen geben. Weil also der Einsatz von Menschenleben seitens der Drohnen nutzenden Staaten geringer wird, steigt die Wahrscheinlichkeit ihrer Anwendung und somit die von bewaffneten Interventionen. Genau aus dieser Eskalationsspirale müssen wir raus, und hier kann Deutschland ein Zeichen setzen. Denn wir dürfen nicht alles, was wir können.

Moritz Kirchner
Kreisvorstand LINKE Potsdam

Eine skandalöse Rede

Bundespräsident Gauck plädiert auf der Führungsakademie der Bundeswehr für den „gerechten Krieg“

Es sollte eine Rede des hohen Tons und der großen Gefühle werden. Am Ende präsentierte Bundespräsident Joachim Gauck aber nur mächtige Worthülsen. Da war von „meiner Armee“ und von „unseren Soldaten“ als „Dienern“ die Rede, von einer wahren „Armee des Volkes“ als einem Teil des „Demokratiewunders“, das die Deutschen 1989/90 geschafft hätten. Und da wurden die hehren Ideale und Ziele der Bundeswehr gepriesen, „Freiheit, Sicherheit, Menschenwürde und das Recht des Einzelnen auf Unversehrtheit“ zu verteidigen – und zwar in der ganzen Welt. Mit keinem Wort ging Gauck auf die Interessen der deutschen Wirtschaft ein, Märkte für den Export zu sichern, Handelswege notfalls „freizukämpfen“ oder sich „freien Zugang zu lebenswichtigen Ressourcen und Rohstoffen“ in aller Welt zu schaffen. Das ist immerhin der unverblümte Auftrag der Bundeswehr in den Verteidigungspolitischen Richtlinien.

Obwohl das Instrument Militär zum sensibelsten Bereich der Politik und des nationalen und internationalen Rechts gehört, existieren für Gauck weder das Grundgesetz der Bundesrepublik mit seinem den Krieg ächtenden Art. 26 und die Bundeswehr auf Landesverteidigung verpflichtenden Art. 87a, noch die UN-Charta mit dem strikten Gewaltverbot nach Art. 2,4, noch der Einigungsvertrag von 1990, der in Art. 2 definitiv verlangt, „dass von deutschem Boden nur Frieden ausgehen wird“. Er stellt demnach auch nicht die Frage, ob Krieg völkerrechtlich oder ethisch sein darf, sondern ihn interessiert nur noch, ob militärische Einsätze „die gewünschten Ziele erreichen“ oder „ob wir im Einzelfall die Mittel haben, die für ein sinnvolles Eingreifen nötig sind“. Originalton: „Sie (die Bundeswehr) hat unser Zutrauen verdient, nicht nur in Debatten um den ‚gerechten Krieg‘ zu bestehen, sondern auch einem ‚gerechten Frieden‘ einen Weg zu bahnen.“ Hätte der ehemalige Pastor und Kirchenfunktionär doch nur das Wort der deutschen Bischöfe aus dem Jahr 2000 zur Kenntnis genommen! Dort hatte sich die Kirche endgültig von Begriff und Konzeption des „gerechten Kriegs“ verabschiedet. In Kreisen der Bundeswehr wird die Rede Gaucks überschwänglich gefeiert und heute schon als „historisch“ bewertet.

Die Auslandseinsätze der Bundeswehr, der „Armee im Einsatz“, werden – geht es nach den Plänen von Regierung und NATO – zunehmen. Dafür braucht sie zunehmend die Unterstützung der „Heimatfront“. Gauck scheint der rechte Mann dafür zu sein. Peinlich, dass er in seinem Eifer nicht merkt, dass die Bundeswehr dabei ist, das zu werden, was er zu Beginn seiner Rede so heftig kritisiert: Mit Blick auf die DDR geißelt er dort „Aufmärsche“ und „die Militarisierung der Schulen“. Hat er denn noch nicht von den öffentlichen Gelöbnissen, der Präsenz der Bundeswehr bei Volksfesten und Messen oder der Teilnahme von Presseoffizieren an Schulveranstaltungen gehört?

Für den Bundesausschuss Friedensratschlag, Peter Strutynski (Sprecher)
(www.ag-friedensforschung.de/themen/Bundeswehr/gauck.html)

Kampagne: „Nur noch die Hälfte fehlt!“

Wiederherstellung des Gedenksteins für die Spanienkämpfer am „Treffpunkt Freizeit“

Mitten in Potsdam, einen Steinwurf vom Heiligen See entfernt und direkt am Treffpunkt Freizeit, dem ehemaligen Pionierhaus „Erich Weinert“, befindet sich ein Gedenkstein für die ehemaligen Spanienkämpfer. Eingeweiht wurde der Gedenkstein am 24.10.1969 durch 22 ehemalige Spanienkämpfer, die vor dem Stein einen aus Rosen bestehenden Ehrenhain pflanzten. Fanden in der DDR regelmäßig Veranstaltungen und Arbeitseinsätze am Gedenkstein statt, so verschwand mit der Wende das an das Symbol der Internationalen Brigaden erinnernde Relief am Stein und die staatlich geförderte Gedenkkultur. Der Stein fristete ein Schattendasein. Seit zwei Jahren gibt es nun die Initiative zur Wiederherstellung dieses Gedenksteins, der zuvor dem Verfall preisgegeben wurde und als ein Gedenkort nicht mehr zu erkennen war.

Erstmals lud die VVN-BdA am 28.07.2010 zu einer Gedenkveranstaltung an dem Ort ein, um der ehemaligen Potsdamer Spanienkämpfern zu gedenken und um für eine würdevolle Wiederherstellung des Gedenksteins zu werben. Ein Jahr später fand anlässlich des 75. Jahrestages der Gründung der Internationalen Brigaden nicht nur eine Gedenkveranstaltung am Treffpunkt Freizeit, sondern auch ein Antifa-Kongress statt. Mittels einer provisorischen Plakette wurde der Gedenkstein vorläufig als solcher erkennbar gemacht.



Die Stadt Potsdam scheint jedoch kein Interesse an einer würdevollen Wiederherstellung und Gedenkkultur zu haben. In einem Gutachten im Auftrag der Stadt wurde Anfang der 90er Jahre die Beseitigung gefordert. Mit der Auseinandersetzung zur Wiederherstellung des Gedenksteins negierte die Stadt zuerst den Denkmalstatus, dann wurde darauf verwiesen, dass mit dem derzeitigen Zustand des Steins und der gestohlenen Messing-Plakette eine Unterschutzstellung fraglich wäre. Bereits gesammelte Spenden für den Gedenkstein sollten doch lieber für „sozialbedürftige Vereine“ zur Verfügung gestellt werden, so der Kommunale Immobilienservice (KIS) als Eigentümer. Doch davon lassen wir uns nicht beirren, wir werden auch weiterhin für einen würdigen Gedenkort eintreten. Die Hälfte der Summe für die an das Original angelehnte Messing-Plakette haben wir schon zusammen, die andere Hälfte fehlt noch. Und dafür brauchen wir Unterstützung.

VVN-BdA Potsdam
Jägerstraße 36
14467 Potsdam
GLS-Bank BLZ: 43060967 Konto: 1102861500

Naziaufmärsche verbieten geht nicht?

Spätestens nach den Verboten der Demonstrationen, den Massenverhaftungen der Aktiven der Blockupy-Bewegung gegen die Banken in Frankfurt ist eines endgültig klar gestellt: Justiz, Behörden, Polizei sind durchaus bereit und in der Lage – selbst unter Bruch bestehender Rechtsnormen – Demonstrationen zu verbieten. Mit Billigung des Bundesverfassungsgerichtes sollten mit einem martialischen Polizeiaufgebot die Proteste gegen die Finanzhaie erstickt werden. Das ist möglich, wenn es um den Schutz der Hochburgen des Kapitals geht. Wenn es darum geht, faschistische Zusammenrottungen zu verbieten, wird ständig auf den Schutz des hohen Gutes der Versammlungsrechtes und des Rechtes auf Meinungsfreiheit verwiesen. Auf einem Kongress des DGB-NRW am 28. April unter dem Titel „Strategien gegen Nazis und Rassismus in NRW“ erklärte dies zum wiederholten Male NRW Innenmister Jäger. Die Polizei schütze nicht die Neonazis. Und dann werden tausende Polizisten aufgeboten, um Neofaschisten ungestört zu ermöglichen, faschistische Propaganda auf die Straßen zu tragen. Der 1. Senat des Bundesverfassungsgerichtes hat mit seinen Spruch vom 8. Dezember 2010 leider klargestellt, dass ein Publikationsverbot für die „Verbreitung rechtsextremistischen oder nationalsozialistischen Gedankenguts“ das Grundrecht auf Meinungsfreiheit nach Art.5/Abs.1 des Grundgesetzes verletze. Die Kernfrage, um die es seit Jahren geht, ist, ob es ein vom Grundgesetz gedecktes Recht auf neofaschistische Propaganda gibt. Ob das Grundgesetz bzw. die Landesverfassung von NRW neofaschistische Propaganda für schützenswert hält. Die Losung der VVN-BdA wird in einer Broschüre des NRW-Innenmisteriums als Aufforderung zu strafbaren Handlungen diffamiert. Damit würden die „Linksextremisten“ ihrem politischen Gegner alle demokratischen Rechte absprechen. Natürlich! Genau darum geht es. Neofaschistische Propaganda ist kein demokratisches Recht! Und an diesem Punkt scheiden sich die Geister. 1933 haben die Faschisten ihr „Recht auf die Straße“ mit Gewalt durchgesetzt. Die entsetzlichen Ergebnisse sind bekannt. Und deshalb sprechen heute den Neofaschisten aller Schattierungen das Recht zu demonstrieren und das Recht auf Propaganda ab! Auch wenn wir uns damit nach Meinung von Polizei, Justiz und Politik strafbar machen, dann sagen wir: Wir verteidigen das Grundgesetz. Das sind wir den Millionen Opfern der Faschisten schuldig.



Jürgen Schuh,
Kreissprecher VVN-BdA Düsseldorf

Potsdam – hartes Pflaster für Neonazis

Am 15. September will die NPD durch die Landeshauptstadt marschieren. Das Bündnis „Potsdam bekennt Farbe“, die VertreterInnen demokratischer Parteien und Vereine rufen alle Potsdamerinnen und Potsdamer dazu auf, unter dem Motto „Potsdam nazifrei“ ein Bündnis des friedlichen Protests zu bilden. Den Aufruf haben der Oberbürgermeister Jann Jakobs sowie die Fraktionen von SPD, LINKE, Bündnis 90/ Die Grünen und Die Andere unterzeichnet. Auch die Soziale Stadt und ProPotsdam GmbH, der Synagogen-Förderverein und die Fördergesellschaft für den Wiederaufbau der Garnisonkirche, der Stadtjugendring und der Verein Neues Potsdamer Toleranzedikt sind dabei. Außerdem haben drei Landesminister der LINKEN Unterstützung bekundet: Anita Tack, Helmuth Markov und Volkmar Schöneburg.

Das für den 15. September geplante 5. Fest für Toleranz soll auf der Wiese am Hauptbahnhof stattfinden. Dort wird um 11 Uhr Sexta Feira spielen, anschließend eröffnet Oberbürgermeister Jann Jakobs das Fest, RBB-Reporter Stefan Sperfeld führt durch das Programm. Auch für die Unterhaltung der kleinen Besucherinnen und Besucher ist gesorgt: das Spielmobil, eine Hüpfburg und Lollo, der Clown und Zauberer, werden da sein.

Die Landeshauptstadt des „toleranten Brandenburg“ ist ein hartes Pflaster für Neonazis. Das Bündnis „Potsdam bekennt Farbe“ ist in der Stadt gut verankert. Das weiß die NPD. Bevor man sich die Landeshauptstadt wagen könne, müsse man „in kleineren Orten üben“, so hatte es der Vizevorsitzende des Landesverbands, Ronny Zasowk, bei einer Demo in Cottbus im Mai dieses Jahres den NPD-Anhängern eingebleut. Im Wahlkampf 2009 wurde eine kleine DVU-Kundgebung, die gescheiterte rechtsextreme Partei musste inzwischen mit der NPD fusionieren, auf dem Potsdamer Luisenplatz von hunderten Demonstranten belagert. Zuvor mussten Neonazis 2005, nachdem sie vom Bahnhof Charlottenhof zu einer Demo starten wollten, einfach wieder abreisen. Potsdamerinnen und Potsdamern hatten alle umliegenden Straßen blockiert.

Den Aufruf unterzeichnen und sich an Protestaktionen beteiligen kann man unter: potsdam-nazifrei.de

Philsophische Herbstakademie der Potsdamer LINKEN

Die Potsdamer LINKE startete am 21. August ihre „Philosophische Herbstakademie“, welche bis Anfang Dezember andauert und (fast) jeden Dienstag um 20 Uhr in der Geschäftsstelle der LINKEN, Dortustraße 53, stattfindet. Dort werden die wichtigsten Philosophen (und mit Judith Butler eine Philosophin) vorgestellt und ihre Relevanz für linke Politik und die heutige Zeit diskutiert. Da stellt sich natürlich die Frage: Hat die Partei nicht andere Sorgen, also sich über Philosophen, den Kopf zu zerbrechen? Sind die steigenden Mieten nicht wichtiger? Und die Antwort ist: Ganz sicher. Jedoch wollen wir eben auch so ein Angebot schaffen, mit denen wir uns insbesondere an Studierende, Sympathisantinnen und Sympathisanten und Intellektuelle richten. Und die Tradition der Arbeiterbildung wieder aufleben lassen wollen. Doch warum Philosophie? Weil sie uns erläutert, welche Denkkategorien wir haben und wie wir zu bestimmten Urteilen kommen. Dies aber bewusst zu reflektieren, dazu fehlt in der Hektik des politischen Alltages oft die Zeit. Warum sind wir für mehr Bürgerbeteiligung? Weil wir der Auffassung sind, dass dem allgemeinen Willen, dem volonté générale nach Rousseau, mehr Rechnung getragen muss. Warum sind wir eigentlich für freie Uferwege? Weil wir, anders als liberale Philosophen, nicht der Auffassung sind, dass der Staat nur die Sicherheit und Ordnung herstellen muss. Wir haben also ein Bild vom Staat, aber woher kommt das eigentlich? Warum finden wir eigentlich eine hohe Vermögensbesteuerung richtig? Weil wir mit Platon, Aristoteles und vielen anderen der Auffassung sind, dass zuviel konzentrierter Reichtum für die Gemeinschaft unproduktiv oder gar schädlich sein kann. Wieso sind wir gegen Vorratsdatenspeicherung und den gläsernen Bürger? Weil wir erstens aus der Vergangenheit gelernt haben, und weil wir zweitens die Gefahr des Panoptikon, des allseits sehenden Staates sehen, die Michel Foucault so brillant in „Überwachen und Strafen“ beschrieb.

Es geht also mitnichten um ein abstraktes Philosophieseminar. Sondern um ein Bewusstmachen, Reflektieren und Hinterfragen unseres eigenen politischen Denkens. Und natürlich um einen kollektiven Bildungsprozess. Dieser gehört zu den besten Traditionen der politischen Linken, und daher gepflegt. Wir freuen uns über zahlreiche Besucherinnen, Besucher und Erkenntnisse

Moritz Kirchner
Beauftragter für politische Bildung

Sudoku

					6		9	
5			4		2	1		
	6	2	3			8		
7	5					6	2	
				7				
	9	1					8	5
		3			1	4	7	
		5	9		3			6
	1		6					

Auflösung August

2	3	8	1	5	7	6	9	4
4	7	5	2	9	6	3	1	8
9	6	1	3	8	4	7	2	5
7	2	3	6	4	9	8	5	1
1	9	4	5	3	8	2	6	7
5	8	6	7	2	1	9	4	3
8	5	2	9	1	3	4	7	6
3	1	7	4	6	2	5	8	9
6	4	9	8	7	5	1	3	2



THE CLOGS beim 8. Potsdamer Genossenschaftstag dabei

Attraktionen für alle Generationen am 8. September auf dem Alten Markt

Der 8. Potsdamer Genossenschaftstag findet nun zum dritten Mal auf dem Alten Markt statt. Das historische Ensemble aus Nikolaikirche, Altem Rathaus und Fortunaportal im Herzen der Landeshauptstadt bietet seit 2010 eine beeindruckende Kulisse für den Festtag. Der Genossenschaftstag (15.00 – 22.00 Uhr) wird Attraktionen für Groß und Klein bieten. Zahlreiche professionelle Künstler haben ihr Kommen angekündigt, viele Potsdamer Vereine und selbstverständlich die Genossenschaften werden sich auf dem Fest präsentieren. Eine abwechslungsreiche Mischung aus Information, Kultur und Kulinarischem wird den Alten Markt beleben.

POTSDAMER Genossenschaftstag 8. September 2012

Die Potsdamer Band „THE CLOGS“ (FOTO) wird am Abend des 8. Potsdamer Genossenschaftstages den Alten Markt rocken. Die Musiker sind am 8. September mit ihrer GLAMROCK SHOW zu sehen und performen erfolgreiche Hits wie „Mandy“ und „I Was Made For Loving You“ sowie eigene Kompositionen. Mit ihrem unverwechselbaren Rock ´n Roll-Sound werden sie den beeindruckend illuminierten Alten Markt in eine Tanzfläche verwandeln.

Rund um das Bühnenprogramm gibt es eine abwechslungsreiche Mischung aus Aktion und Information, Kultur und Kulinarischem für alle Altersschichten auf dem Alten Markt. Die Gastgeber, die Potsdamer Genossenschaften, werden im Rahmen des Festes über das genossenschaftliche Wohnen und Leben in der Stadt informieren. Sie werden sich an einem gemeinsamen Stand auf dem Fest vorstellen und interessierten Besuchern Rede und Antwort stehen.

tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine

Montag, 03.09.2012, 14.30 Uhr:
„Heitere Klassik – Teil III“. Ein musikalisch-literarischer Nachmittag. *

Dienstag, 04.09.2012, 20.00 Uhr:
DIE LINKE trifft...Epikur – Reihe „Philosophische Herbstakademie“. ***

Montag, 10.09.2012, 14.30 Uhr:
„Unterwegs in der Wachau“ ein Diavortrag in Überblendtechnik mit Walter Heller. *

Dienstag, 11.09.2012, 14.30 Uhr:
„Spiel mir eine alte Melodie“ mit Gerald Meister. *

Dienstag,11.09.2012, 18.00 Uhr:
„Der Mensch schuf sich sein Universum“. Zur historischen Entwicklung unserer Vorstellungen vom Kosmos. **

Donnerstag, 13.09.2012, 18.00 Uhr:
„Widersprüche in der Brandenburger Energiewende“. Chancen für sozialökologische Transformation. **

Sonnabend, 15.09.2012, 10.00 – 12.00 Uhr:
„Das Streben der Herrschenden der BRD nach Großmacht – ihre Politik in Europa“ mit Prof. Dr. Anton Latzo. Veranstaltung der KPF der Partei DIE LINKE gemeinsam mit Rotfuchs, DKP und GBM ***

Sonnabend, 15.09.2012, 15.00 Uhr:
Leseecke mit Edgar Külow: „Koslowski macht das Licht aus“. Alleestraße 3

Montag, 17.09.2012, 14.30 Uhr:
„Nepal - das Land der Götter und der höchsten Berge.“ mit Bishnu Kumar Karki *

Dienstag, 18.09.2012, 14.30 Uhr:
Potsdamer Stadtgespräche: „Historisches und Aktuelles“ mit Dr. Herbert Schlomm.*

Dienstag, 18.09.2012, 20.00 Uhr:
DIE LINKE trifft...Augustinus – Reihe „Philosophische Herbstakademie“ ***

Dienstag, 18.09.2012 18.00 Uhr:
Potsdamer Intendanten - Peter Kupke (geb. 1932) **

Donnerstag, 20.09.2012 18.00 Uhr:
„Preußen, Österreich und die nationale Frage im 19. Jahrhundert“. **

Montag, 24.09.2012, 14.30 Uhr:
„Eine Reise ins sagenumwobene Riesengebirge“ - mit Karl Kreutz. *

Dienstag, 25.09.2012, 14.00 Uhr:
„Bunt sind schon die Wälder - Musikalischer Rätselnachmittag zum Herbstanfang“ - mit Manfred Bischoff. *

Dienstag, 25.09.2012, 20.00 Uhr:
DIE LINKE trifft...T. Hobbes – Reihe „Philosophische Herbstakademie“. ***

Dienstag, 25.09.2012, 18.00 Uhr:
„100 Jahre ANC. Wo steht Südafrika heute?“ **

Donnerstag, 27.09.2012, 17.00 bis 21.00 Uhr und Freitag, 28.09.2012, 10.00 bis 16.00 Uhr:
„Deutsch-Chinesische Beziehungen in Geschichte und Gegenwart“ . Die deutsche Außenpolitik gegenüber der Volksrepublik China. 16. Potsdamer Kolloquium zur Außen- und Deutschlandpolitik im Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte. **

---

* Seniorentreff der Dahlweid-Stiftung, Edisonallee 11 im Zentrum Ost
** Rosa-Luxemburg-Stiftung, Dortustraße 53
*** Kreisgeschäftsstelle DIE LINKE.Potsdam, Dortustr.53